

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung **des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen** der Stadt Burgdorf am **19.02.2007** Sitzungszimmer des Rathauses II

16.WP/WuF/003

Beginn öffentlicher Teil: Uhr
Beginn vertraulicher Teil: Uhr

Ende öffentlicher Teil: Uhr
Ende vertraulicher Teil: Uhr

Anwesend: Vorsitzender

Rohde, Paul

Mitglied/Mitglieder

Braun, Hartmut bis TOP 7 öffentl. Teil

Ethner, Regina

Hinz, Gerald

Leppert, Florian bis TOP 4 vertr. Teil

Lüddecke, Dieter

Rickert, Heidrun Vertretung für Herrn Adolf-

W. Pilgrim

Schulz, Kurt-Ulrich

Walter, Klaus-Dieter

Beratende/s Mitglied/er

Apel, Robert

Bürgermeister

Baxmann, Alfred ab TOP 3 öffentl. Teil

Verwaltung

Philipps, Lutz

Herbst, Rainer bis TOP 6 öffentl. Teil

Scholz, André

Voutta, Jens

Hammermeister, Lars

Brinkmann, Jan-Hinrich

Gawert, Ulrike

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 30.11.2006
3. Mitteilungen des Bürgermeisters

4. Anfragen laut Geschäftsordnung
5. Parkraumbewirtschaftung - Parken in der Innenstadt
-Antrag der CDU Stadtratsfraktion vom 13.12.2006, gestellt durch Herrn Carl Hunze-
6. Straßenbeleuchtung Innenstadt
- Bericht -
7. Stellungnahme Stadt Burgdorf zur Änderung des Landesraumordnungsprogramms
8. 1. Kindertagesstätte Ehlershausen - Erweiterungsbau
2. Zustimmung zu einer überplanmäßigen Ausgabe
9. Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Herr Rohde eröffnete um 16.00 Uhr die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Anschließend wurde die Tagesordnung in der dieser Niederschrift vorangestellten Form einstimmig beschlossen.

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 30.11.2006

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen am 30.11.2006 wurde mit 8 Jastimmen und 1 Enthaltung genehmigt.

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

1. **Herr Philipps** teilte mit, dass die Haushaltssatzung mit Datum vom 14.02.2007 ohne Auflagen von der Kommunalaufsicht genehmigt worden sei. Die Veröffentlichung im Amtsblatt werde am 01.03.2007 erfolgen. Die Satzung werde in der Zeit vom 05.03. bis einschl. 13.03.2007 öffentlich ausgelegt und kann somit am 14.03.2007 in Kraft treten.
2. Weiterhin teilte Herr Philipps mit, dass sich beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer für das Jahr 2006 eine Nachzahlung für Burgdorf von 116.172 € ergeben habe. Bei der Bildung des Ansatzes für 2007 wurde für 2006 – lt. regionalisiertem Ergebnis der Steuerschätzung vom Nov. 06 – von einer Überzahlung (und damit einer Rückzahlungsverpflichtung

für Burgdorf) von rd. 215.000 € ausgegangen. Für den lfd. Haushalt ergebe sich dadurch einschl. der Nachzahlung eine Verbesserung des Ergebnisses um rd. 331.000 €.

3. Nach Beschlüssen der Landesregierung zur Änderung des kommunalen Finanzausgleichs ergeben sich für den Haushalt der Stadt Burgdorf – so **Herr Philipps** – folgende Auswirkungen:

	2007 bisher	2007 neu	+ / -
Schlüsselzuweisung	4.736.100 €	5.083.000 €	+ 346.900 €
Finanzhilfe für Investitionen	664.200 €	713.000 €	+ 48.800 €
Zuw. übertragener Wirkungskreis	718.300 €	715.000 €	- 3.300 €

Für den Verwaltungshaushalt 2007 ergeben sich für Burgdorf somit Mehreinnahmen gegenüber den im Haushalt veranschlagten Ansätzen von 343.600 € und für den Vermögenshaushalt Mehreinnahmen von 48.800 €. Gegenüber 2006 betragen die Mehreinnahmen insgesamt 982.000 €

Sollte es zu keiner Anpassung bei den Hebesätzen für die Regionsumlage kommen - was zu erwarten sei -, würde diese sich für Burgdorf durch die o.a. Mehreinnahmen ebenfalls um 118.800 € auf dann 10.109.500 € erhöhen.

Insgesamt beträgt die Verbesserung im Jahr 2007 für den Verwaltungshaushalt 224.800 € und für den Vermögenshaushalt 48.800 €.

4. Zum vorläufigen Ergebnis (Stand 16.02.2007) der Jahresrechnung 2006 berichtete **Herr Philipps**, dass die Zuführung an den Vermögenshaushalt voraussichtlich rd. 1.540.000€ betragen werde. Die Pflichtzuführung betrage 426.900,53 €, so dass im Verwaltungshaushalt ein Überschuss von rd. 1.114.00 € erwirtschaftet wurde. Der Sollüberschuss im Vermögenshaushalt werde voraussichtlich rd. 1.342.000 € betragen und der allgemeinen Rücklage zugeführt. Somit betrage der Rücklagenbestand am 31.12.2006 2.859.998,11 €. Bei Berücksichtigung des Pflichtbestandes von 445.000,00 € und einer im Haushaltsplan 2007 veranschlagten Rücklagenentnahme von 545.000,00 € ergibt sich somit eine ‚freie Spitze‘ von 1.869.998,11 €, die für Investitionen zur Verfügung stehe.

4. **Anfragen laut Geschäftsordnung**

- keine -

5. **Parkraumbewirtschaftung - Parken in der Innenstadt** **-Antrag der CDU Stadtratsfraktion vom 13.12.2006, gestellt durch Herrn Carl Hunze-**

Herr Herbst erklärte, dass der Umwelt- und Verkehrsausschuss keine Empfehlung zu dem Antrag abgegeben habe.

Nach eingehender Diskussion verständigte sich der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen dahingehend, dass die von der Verwaltung für den Umwelt- und Verkehrsausschuss zu erstellende Vorlage auch im Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen beraten werden solle.

6. Straßenbeleuchtung Innenstadt - Bericht -

Herr Herbst gab noch kurze Erläuterungen zu dem den Ausschussmitgliedern vorab zugesandten Bericht der Fachabteilung bezüglich des Leuchtaustauschs.

Herr Rohde erläuterte kurz das Finanzierungsmodell über Leasing zum Leuchtaustausch in der Stadt Springe. Hier würden keine Investitionen anfallen und die Raten würden durch die Stromeinsparungen finanziert werden. Er erklärte für die CDU-Fraktion, dass diese einer Belastung der Anlieger kritisch gegenüber stehe.

Herr Lüdecke erklärte, dass die Auswechslung der Lampen eine erhebliche Energieeinsparung und damit eine Entlastung des städtischen Haushalts zur Folge haben werde und er deshalb der Meinung sei, dass in diesem Fall eine Abrechnung abweichend von der Satzung möglich sein müsse.

Hierzu erläuterte **Herr Herbst**, dass es rechtliche Vorgaben zur Abrechnung solcher Maßnahmen gebe und Anliegerbeiträge nach der Satzung zu erheben seien. Auch bei der Lampenauswechslung z.B. am Niedersachsenring seien die zu erhebenden Beiträge nach der Satzung abgerechnet worden.

Der Ausschuss bat darum, über das Protokoll entsprechende Angaben zu den zuletzt vorgenommenen Lampenauswechslungen zu geben.

(Anmerkung über Protokoll:

2004 erfolgte der Umbau der Straßenbeleuchtungsanlagen Berliner Ring, Niedersachsenring sowie Vor dem Celler Tor im Abschnitt Marktstraße bis Gartenstraße.

Für diese Maßnahmen wurde entsprechend den Vorschriften der Straßenausbaubeitragssatzung von den Anliegern ein Straßenausbaubeitrag erhoben. Die Abrechnung erfolgte 2005.

Die Beleuchtung wurde wie folgt geändert:

Berliner Ring / Niedersachsenring:

Bestückung vorher: 1 x 250 W

Bestückung neu: 1 x 55 W

Vor dem Celler Tor

Bestückung vorher: 1 x 250 W

Bestückung neu: 1 x 165 W

Grundsätzlich ist immer ein Vorschaltgerät mit 10 W hinzuzurechnen.)

Herr Rohde war der Meinung, dass über eine Vorlage die Möglichkeit für eine beitragsfreie oder –reduzierte Erneuerung der Straßenbeleuchtungsanlagen aufgezeigt und zur Entscheidung gestellt werden sollte.

Herr Herbst verwies daraufhin nochmals auf die satzungsrechtlich begründete Beitragspflicht und betonte, dass es sich s.E. aus haushaltswirtschaftlichen Gründen, insbesondere aber auch unter Berücksichtigung des Gleichbehandlungsgrundsatzes verbiete, die Heranziehung zu Beiträgen in Frage zu stellen.

7. Stellungnahme Stadt Burgdorf zur Änderung des Landesraumordnungsprogramms
Vorlage: 2007 0102

Herr Rohde bemängelte, dass die Vorlage zu spät vorgelegt worden sei und seiner Ansicht nach vor Abgabe der Stellungnahme auch im Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen hätte beraten werden müssen.

Herr Brinkmann gab noch einige Erläuterungen zu der Vorlage und erklärte, dass die Erarbeitung der Stellungnahme sehr arbeits- und zeitaufwendig gewesen und wegen der am 15.02.2007 abgelaufenen (und nicht verlängerbaren) Frist eine vorherige Beratung im Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen nicht mehr möglich gewesen sei.

Nach kurzer Diskussion wurde der Tagesordnungspunkt verlassen.

8. 1. Kindertagesstätte Ehlershausen - Erweiterungsbau
2. Zustimmung zu einer überplanmäßigen Ausgabe
Vorlage: 2007 0122

Herr Philipps erläuterte die Vorlage und erklärte, dass es in der heutigen Sitzung darum gehe, einen Beschluss über die Höhe der überplanmäßigen Ausgabe zu fassen.

Nach kurzer Diskussion fasste der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen folgenden einstimmigen Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen nimmt von der Vorlage 2007 0122 Kenntnis und empfiehlt dem Verwaltungsausschuss,

a) an der Kindertagesstätte Ehlershausen einen Erweiterungsbau entsprechend der mit der Vorlage 2007 0122

- als Anlage 1 vorgelegten ‚Planungsvariante 1‘

oder

- als Anlage 2 vorgelegten ‚Planungsvariante 2‘

zu errichten.

b) Voraussetzung hierfür ist, dass sich der Turnverein Ehlershausen (TVE) an

den Gesamtbaukosten mit einem Investitionskostenzuschuss von mindestens 50.000 € beteiligt.

Der Bürgermeister wird beauftragt, mit dem TVE einen Vertrag abzuschließen, in dem sich dieser zur Zahlung des Zuschusses verpflichtet und ihm im Gegenzug ein Nutzungsrecht an dem Bewegungsraum und den dazugehörigen Nebenräumen eingeräumt wird.

c) Er empfiehlt dem Verwaltungsausschuss, dem Rat zu empfehlen, die für die Realisierung der von ihm (dem VA) ausgewählten Planungsvariante des Erweiterungsbaus benötigten zusätzlichen Haushaltsmittel (maximal 150.500,00 €) überplanmäßig bereitzustellen.

9. **Anregungen an die Verwaltung**

Herr Rohde teilte mit, dass in der Friederikenstraße noch das Hinweisschild des THW stehe. Das THW sollte aufgefordert werden, dieses zu entfernen.

Einwohnerfragestunde

Ein Zuhörer teilte mit, dass ihm häufig das Überfahren roter Ampeln auf der B 188 an der Kreuzung in Höhe des Lidl-Marktes, an der Hochbrücke sowie an der Kreuzung Immenser Straße aufgefallen sei. Hier sollten doch dringend Maßnahmen zur Abhilfe geschaffen werden.

Weiterhin erklärte er, dass er bei der Diskussion um den Lampenaustausch den Eindruck gewonnen habe, dass sich die Verwaltung nicht gezwungen fühle, so sparsam wie möglich im Sinne der Bürger zu handeln.

Hierzu erklärte **Herr Baxmann**, dass über den zu beschaffenden Lampentyp politisch und nicht seitens der Verwaltung entschieden worden sei.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzender/Ausschussvorsitzender

Protokollführer